

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 240 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht verandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 120 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 4

Sonnabend, den 27. Januar 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Kaufende Notizen unter: „Gesperert“, „Streit“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrenotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperert:

In Dramburg, Betrieb Kerius. In Wülheim (Ruhr), Betrieb von Karl Wagnand.

Streit!

In Osterode a. Harz. (Die Firmen Schumacher, Kochenbörfer und Hecht haben ausgesperrt.)

Im fränkischen Mustelfeldgebiet. In Ausland. Schweiz. Die Firma Sauter in Kreuzlingen verjagt in Bayern Marmorarbeiter anzuwerben. Die Verjagte sind zurückzuweisen, weil Lohnunterschieden in ihrem Betriebe bestehen.

Südamerika. Von dort kommen Klagen, daß Kollegen aus Deutschland bei dortigen bestellten Firmen in Arbeit getreten sind. In Brasilien, Argentinien und Uruguay sind umfangreiche Lohnbewegungen eingeleitet, jeder Kollege, der nach Südamerika zu reisen beabsichtigt, erkundigt sich vorher bei: Federacion de Picapedreros, Fraternidad 192, Paso Molino in Montevideo.

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Siegnitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von Osterwald (Betriebe Meine u. Jillemann und Gebr. Schröder). Von Geestemünde-Wulfsdorf. Von Hirschberg und Jannowitz in Schlesien. Von Baderborn (Firma Gebr. Spalthoff). Von Bedum in Westfalen (Firma Jos. Vinnemann).

Erebigte Bewegungen.

Reichslohntarif für die deutschen Granitsteleerereien. Die Teuerungszulagen der nach dem Reichslohntarifvertrag entlohnten Afford- und Zeitlohnarbeiter erhöhen sich vom 11. bezw. 12. Januar von 22 000 Prozent auf 29 000 Prozent, vom 18. bezw. 19. Januar auf 32 000 Prozent und vom 25. bezw. 26. Januar auf 35 000 Prozent. Neue Verhandlungen sind für Anfang Februar bereits festgelegt.

Von der „falschen Lohnpolitik der Gewerkschaften“.

„Es kann niemand aus seiner Haut heraus.“ Diese sprichwörtliche Redensart kam uns in den Sinn, als wir im „Steinbruch“ vom 8. Januar, Doppelheft 1 und 2, einen Artikel lasen mit der Ueberschrift: Die Natursteinindustrie im Jahre 1922. Auf diesen Artikel oder richtiger auf seine Einleitung glauben wir aus naheliegenden Gründen doch hinweisen zu müssen. Nicht etwa, daß er für die Natursteinindustrie ganz besonders treffendes enthalte, nein! Nur die Einleitung der Abhandlung reizt uns an dieser Stelle davon Notiz zu nehmen und vom Arbeitnehmerstandpunkt aus, daran einige notwendige Bemerkungen zu knüpfen. Die Unternehmerfachpresse in der Natursteinindustrie bringt, wie es ganz natürlich erscheint, nicht selten Abhandlungen, die den Auffassungen der Arbeitnehmer direkt entgegenstehen und doch braucht man nicht immer auf diese Äußerungen einzugehen; man nimmt sie meistens nur zur Kenntnis und wenn es sich für den gelegentlichen Gebrauch lohnt, kommt es in eine bestimmte Sammelmappe. So machen es außer uns sicherlich auch die Unternehmervertretungen.

Zur Beurteilung von mündlichen und schriftlichen Äußerungen ist jedoch immer von gewisser Bedeutung 1. Die Stellung und 2. der Wirkungsbereich und auch der Einfluß der sich äussernden Person bei den Unternehmern des Gewerbes. Und wenn wir nun mitteilen, daß der vorstehend genannte Artikel im „Steinbruch“ vom Regierungrat a. D. Herrn Dr. Barkhausen, Geschäftsführer des Reichssteinverbandes geschrieben wurde, dann wird zweifellos verstanden, wenn wir und unsere Kollegen die in der Natursteinindustrie beschäftigten sind, diesem Artikel manderlei Interesse entgegenbringen. Den Arbeitern und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung ist es durchaus nicht gleichgültig, wie der Geschäftsführer der Unternehmer wirtschaftlich und politisch eingestellt ist, weil sie mit dem nicht selten zusammenkommen, um Streitfragen zu klären und zu erledigen. Doch lassen wir Herrn Dr. B. selbst zu Wort kommen. In seinem Artikel heißt es:

Die Entwicklung oder richtiger gesagt, die immer weiter gehende Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens, dessen einzige Regelmäßigkeit nur noch in der ständig zunehmenden Unregelmäßigkeit und Verschlechterung aller Dinge und Erscheinungsformen besteht, stellt gerade den Gewerbetreibenden und Unternehmern jeder Art fast täglich vor neue Aufgaben, die häufig um so schwerer zu lösen sind, als den einzelnen die Durchführung vernünftiger Maßnahmen in seinem Betrieb durch unsere marxistische Wirtschaftspolitik fast immer unmöglich gemacht wird. Ehe unsere Erzeugung nicht aus diesen Fesseln befreit wird, von denen hier nur die schematische Verkürzung der Arbeitszeit und die den Unterschied zwischen gelerntem und ungelerten Arbeitern immer mehr verwischende, falsche Lohnpolitik der Gewerkschaften als die schwerwiegendste erwähnt seien, wird es der großen Menge der Unternehmer nicht gelingen, ihre Betriebe so wirtschaftlich zu gestalten, wie das Gebot der Stunde es immer dringender fordert. Der Wahn, die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges und des Umsturzes lediglich durch Steigerung der Lohnforderungen beseitigen zu können, dürfte im Laufe des Jahres 1922 auch weiten Kreisen der Arbeitnehmer abhanden gekommen sein. Geldentwertung und Teuerung waren der einzige Erfolg dieser unter Anwendung aller Mittel verwirklichten Wirtschaftstheorie, die in ihren Auswirkungen durch die gleichzeitig betriebene Erfüllungspolitik noch wesentlich verschärft wurde. Seit Mitte des Jahres hatte der vollständige Zerfall unserer Finanz- und Währungsverhältnisse eine derartige Preissteigerung zur Folge, daß es bei der fast täglichen Aenderung des Preisstandes der wichtigsten Bedarfsartikel gerade für den Industriellen bei Einkauf und Erzeugung, Absatz und Eingang der Zahlung in vielen Fällen unmöglich wurde, rechtzeitig den der Geldentwertung entsprechenden Ausgleich zu finden.

Die gesperrt hervorgehobenen Sätze sind von der Redaktion des „Steinarbeiter“ veranlaßt, sie zeigen worauf es ankommt. Die

Eine Aufwandsstatistik

einer Berliner dreiköpfigen Familie für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922 liefert uns in untenstehender Tabelle den Beweis für die fortwährend steigende Teuerung und das prozentuale Verhältnis der einzelnen Ausgaben zur Gesamtausgabe. Aus den Fußnoten sind die Gründe für die geringen Beträge der einzelnen Ausgaben ersichtlich. Die Gesamtausgaben haben sich um das 8,2fache, die Ausgaben für Nahrung um das 10,1fache vermehrt. Für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sind 47,1 v. H. verausgabt, es verblieben mithin zur Deckung aller übrigen Bedürfnisse

nur 52,9 v. H. Da für Kleidung, Wäsche und Schuhe aus besonderen Gründen geringe Beträge aufgewandt worden sind, darf man den Prozentfuß für den von den statistischen Landesämtern nicht erfahrenen Aufwand, also für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Körperpflege, Genußmittel, Haushaltsgegenstände und sonstiges auf mindestens 55 annehmen. Wenn demnach die Teuerungszahl für Berlin auf rund 60 000 steht, so wären als Existenzminimum 93 000 Mark erforderlich, das entspricht einem Stundenlohn von 447,50 Mk. bei 208 Arbeitsstunden im Monat.

Zusammenstellung der Ausgaben 1922:

	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Juli	Proz.
Wohnung	1849.60	78.10	152.50	231.00	221.30	177.50	2710.00	1.0
Heizung und Beleuchtung	725.00	1047.50	2967.20	1642.50	1437.80	7553.00	15372.65	5.5
Nahrung	5428.90	6070.35	9547.35	15154.40	23850.80	55028.00	115179.80	40.7
Kleidung	2497.65	320.00	9745.00		32077.25	9666.00	54303.90	19.3
Schuhe	930.00	15.50	386.75	36.00	400.00	25.00	1793.25	0.7
Wäsche	122.65	491.25	280.00	915.00	676.00	5600.00	8078.90	2.9
Körperpflege	132.00	174.00	104.00	286.50	631.00	707.00	2034.50	0.8
Genußmittel usw.	763.40	2950.00	2251.00	1213.00	2063.50	10023.00	19263.90	6.9
Haushaltungsgegenstände		8819.00	72.50	80.00	535.00	4125.00	13631.50	4.9
Sonstiges	1685.75	1374.05	5512.50	7280.60	11362.80	23541.50	50757.30	17.3
Zusammen	14134.05	21339.75	31118.80	26838.65	73249.55	116446.00	283127.70	100.0

¹ 2 Zimmer renoviert. ² Wird im Haushalt selbst fertiggestellt, daher so geringe Beträge. ³ Familie war vorher gut verleben, daher in den 6 Monaten keinerlei Neuananschaffung. ⁴ Die Nebenabgaben sind nur z. T. eingerechnet, eine entsprechende Nachzahlung wird im Laufe des Monats Januar verlangt.

abgedruckte Einleitung ist auch nicht etwa aus dem Zusammenhang gerissen, sie enthält einen in sich abgeschlossenen Gedanken, den freilich mancher von unseren Verbandsmitgliedern anderswo öfter und schließlich auch besser gesehen hat. Hauptächlich jene Verbandsmitglieder, die ab und zu eine Zeitung der Deutschen Nationalen oder auch von der Deutschen Volkspartei in die Hand nehmen, werden sich der Sache erinnern. Die ziemlich abgedroschene Behauptung von der Lohnwirkung auf die Preisgestaltung macht nun allerdings nur Eindruck auf Leute, die im praktischen Lebenskampf zwischen sich und den Lohnarbeitern einen dicken Trennungsschicht zu ziehen beabsichtigen. Etwas in der eingeleiteten Richtung, die Arbeitnehmer hätten nur zu arbeiten und im übrigen sich mit dem abzufinden, was ihnen die Unternehmer und eine weise Regierung (nach altem Muster) gnädigst gewährt. Was dem entgegensteht, bekommt einfach die Bezeichnung aufgelegt: „marxistisch“. Eine verflucht einfache Sache das!

Es ist im allgemeinen eine Binsenwahrheit, daß der Lohn auf die Preise einen gewissen Einfluß ausübt, und eine Binsenwahrheit ist ferner, daß der Lohn in der Preisgestaltung der Ware (auch in der Natursteinindustrie) in fast allen Fällen den niedrigsten Anteil hat. Darum ist es direkt falsch und irreführend, die jetzt vorhandene Preisnormierung etwa den steigenden Löhnen zuzuschreiben. Jeder Lohnempfänger, auch der rückständigste, weiß, daß die Erhöhung seines Lohnes bei allen Teuerungswellen erst dann berücksichtigt wurde, wenn die Preissteigerung längst eingetreten war. Gerade die Preisgestaltung in der Nachkriegszeit hat eben gelehrt, daß die Ursache aller Preissteigerung letzten Endes auf die Steigerung der unentbehrlichsten Lebensmittel ruht, sie ist der Preisregulator für alles andere, heute noch und für die Zukunft. Die besondere Lage, in der die Deutsche Wirtschaft sich befindet, hat noch andere preisbildende Faktoren geschaffen, zum Beispiel: Banken-, Börse-, und Devisenpekulationen. Der „Wahn“ von dem Herr Dr. B. schreibt, ist also ganz wo anders zu suchen, nur nicht in Arbeiterkreisen und bei ihren gewerkschaftlichen Vertretern, sie haben demnach auch keinen Wahn „abhandeln“ kommen zu lassen. Es kann nun ohne Uebertreibung gesagt werden, daß ein großer Teil von Gewerbetreibenden oder Unternehmern trotz aller absprechenden Klugreden über die „marxistische Wirtschaftspolitik“ sich außerordentlich wohl fühlt bei den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen vor der Ruhrbelegung; Dollarstand und Goldbasis ist auch bei ihnen das A und O wie bei den übrigen, die im Wirtschaftsleben das preisbildende Rad drehen. Sie drehen es, immer angespornt von der Sucht möglichst schnell und viel zu verdienen. Von diesen preisbildenden Faktoren schreibt Herr Dr. B. nichts, sie wollen ja, wie der Reichszentraler kürzlich sagte, ihr Lehtes hergeben, um die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen. Nur haben die arbeitenden Schichten bisher immer das Gegenteil wahrgenommen, und angesichts dieser Zustände schreibt der Geschäftsführer des Reichsverbandes im Hinblick auf die, durch die Preissteigerung notwendig gewordenen und noch werdenden Lohnherabsetzungen von einem „Wahn“ der Arbeiter, von dem sie sich freizumachen haben.

Jedes menschliche Wesen in Deutschland, welches Lohn oder Gehalt empfängt, einerlei, in welcher Position, muß doch in verflochtenen Jahren begriffen haben, daß der wirtschaftliche Rundlauf in der Preissteigerung sich dreht: Preis — Lohn und so fortsetzend mit immer größerem Zwischenraum, so daß der Preis den Lohn schon mehr als einmal bei dem Rundlauf überholt hat. Wer nun etwa gar behauptet, der Rundlauf vollziehe sich umgekehrt vom Lohn zum Preis, na, der kann eben nicht richtig taxieren und sollte nicht versuchen, wenn er ernst genommen werden will, anderen seine falsche Einstellung weiszumachen. Den Arbeitern möchte man sehr gern so etwas aufhängen, und dazu wird noch nebenbei versucht, ihnen die achtstündige Arbeitszeit als aller Uebel Schuld zu verdrängen!

Wir können nur wiederholen, was dem Sinne nach schon mehreremal in unserer Zeitung zum Ausdruck gekommen ist: All die wirtschaftlichen Fragen und Aufgaben, die uns als Unterlegene im Weltkrieg so schwer belastet, haben schon manchen veranlaßt nach Lösung, Klärung und Schuld zu suchen, aber die voreingenommene Haltung bei diesem Vorhaben hat die Suchenden fast alle in die Irre geführt und zur falschen Beurteilung von Ursache und Wirkung verleitet. Die Probleme sind gewiß nicht mit Schlagworten zu meistern, wie es Dr. B. beliebt, denn was heißt eigentlich, unsere marxistische Wirtschaftspolitik? Und was soll besonders im Hinblick auf die schwere körperliche und gesundheitserzitternde Arbeit der Steinarbeiter der Hinweis auf die „schematische Verkürzung der Arbeitszeit“ bedeuten? Es kann nun entgegnet werden, die Einleitung in dem betreffenden Artikel sei ganz allgemein gehalten, gewiß, doch die Rückschlüsse auf die Natursteinindustrie sollen zweifellos vom Leser gezogen werden, sonst hat die ganze Abhandlung im „Steinbruch“ keinen ersichtlichen Zweck!

Die Arbeiter und ihre gewerkschaftliche Vertretung können es nicht hindern, wenn Schlagworte aus jenen Kreisen, die Dr. B. nahesteht, die Dinge verschleiern möchten, oder wenn-often und verdeckt nach den vorkriegszeitlichen Machtpositionen der Arbeitgeber und Unternehmer im früheren Obrigkeitsstaat geschickt wird. Wir können es ferner nicht hindern, wenn immer und immer wieder versucht wird, der Umwelt plausibel zu machen, im Arbeiter

mit seinen Ansprüchen und seinen schmalen Rechten die Schuld an den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Zuständen zu sehen. Es bestätigt sich immer aufs neue, daß trotz der Vorgänge der letzten Jahre bestimmte Personen sich nicht anders eingestellt haben, sie können eben, wie schon eingangs erwähnt, aus ihrer Haut nicht heraus. — Die sozialistische Wirtschaftsordnung bleibt trotz alledem unser Ziel; die Unternehmer mit ihrer organisatorischen Vertretung können den Gang der Entwicklung nicht aufhalten und wenn sie glauben, die heutigen Wirtschaftsverhältnisse als „marxistisch“ denunzieren zu können, wollen sie damit nur bekunden, daß die Verhältnisse verfahren sind, aber wer sich bisher von aller Verantwortung für die Allgemeinheit stets zu drücken verstanden und die verfahrenen Verhältnisse herbeigeführt hat, sind gerade jene Leute aus der Industrie, die nunmehr rechtsgescheit leben, aber nicht besser ändern können und auch nicht wollen. Wenn jede Bevölkerungsschicht so ihren Anteil getragen hätte an der Gesundung der deutschen Verhältnisse, wie die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, dann könnte es heute besser um unsere gesamte Lebenshaltung, um Handel und Wandel.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zeigen sich bereits deutlich die verheerenden Folgen der Belegung des Ruhrreviers. Die Kohlenlieferungen nach dem unbefestigten Deutschland sind bisher ungefähr im gewohnten Umfang erfolgt, dürften aber in Anbetracht der jetzt verschärften Situation und der hier und da bereits verfügten Requisition sehr bald erheblich nachlassen, zumal ja seit dem Einmarsch der Franzosen und Belgier die Kohlenförderung des Ruhrreviers überhaupt um 20 Prozent zurückgegangen ist. Ganz Deutschland ist von der Gefahr einer sehr ausgebreiteten Arbeitslosigkeit bedroht. Diese würde geradezu katastrophale Wirkungen haben, da sie zeitlich zusammenfällt mit einer bisher noch nie gekannten sprunghaften Steigerung aller Lebensmittelpreise. Alle Teuerungswellen, die bisher über uns hinweggegangen sind, waren im Vergleich zu der jetzigen Teuerungshochflut wirklich unbedeutend. Der Dollar steigt täglich um Tausende von Mark und reißt das gesamte Warenpreisniveau mit nach oben. Dieser rapide Währungsverfall stellt uns unmittelbar vor die Gefahr des Hungers. Die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland ist schon vom Standpunkte unseres eigenen Importhandels aus bei den jetzigen Devisenkursen mit einem so großen Risiko verbunden, daß dazu die Kapitalkraft unserer Wirtschaft als viel zu klein erscheint. Noch ungünstiger stellt sich die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen vom Standpunkte des ausländischen Großhandels aus dar. Es ist bekannt, daß die führenden Wirtschaftskreise Englands und der Vereinigten Staaten schon vor der Ruhrbelegung in Gedanken mit Deutschland immer eine starke Verbundenheit beklagten. Für diese Kreise war Berlin ein zweites Moskau; sie fürchteten schon immer, an den Geschäften mit Deutschland unter den obwaltenden Umständen einmal Verluste zu erleiden.

Die Ruhrbelegung und der damit verbundene Kurssturz der Mark haben auch dem Kredit der deutschen Industrie und unseres Einfuhrhandels im Auslande einen schweren Schlag versetzt. Der Amerikaner, der die Vorgänge in Deutschland nur an der Hand sensationell aufgemachter Zeitungsmeldungen verfolgt, ist überzeugt davon, daß in Mitteleuropa schon ein vollständiges Chaos herrscht. Er exportiert seine Waren deshalb vorläufig noch eher nach Mexiko oder China als nach dem europäischen Kontinent. Wir stehen also zu allem Unglück wieder vor einer Art Blockade. Die Störungen in der Warenzufuhr wirken natürlich im Zusammenhang mit der Marktentwertung ganz besonders stark preissteigernd. Die Deutsche Großhandels-Indeziffer ist bereits vom 5. bis zum 15. Januar d. J. um 27,6 Prozent gestiegen, das Preisniveau der Lebensmittel allein hat sich um 29,9 Prozent erhöht. Den breiten Volksschichten kommt neben der Verteuerung der Lebensmittel vor allem die Erhöhung der Preise für Kohle, Holz, Gas und die erneute Heraussetzung der Gütertarife in dieser schweren Zeit wie ein furchtbarer Schlag. Geht es nur zu wenige Wochen noch in diesem Tempo weiter, so gehen wir in wirtschaftlicher Beziehung tatsächlich österreichischen und sogar russischen Zuständen entgegen. Die Folgen für unser politisches und soziales Leben sind unabsehbar.

Der Reichsernährungsminister empfing am 17. Januar die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen, um ihnen Aufschluß zu geben über die Ernährungsfrage. Ueber die bevorstehenden Maßnahmen teilte der Minister mit, daß die Regierung entschlossen sei, für Kartoffeln und andre wichtige Lebensmittel die Kosten des Eisenbahntransports auf die Hälfte des jeweiligen Tarifs zu reduzieren. Dem Wohlleben, das in gewissen Kreisen herrsche, müsse energisch entgegengetreten werden. Auch

Der Verbrauch in den Gastwirtschaften sei zu groß, und er ermöge deshalb, gewisse Einschränkungen vorzunehmen. So sei daran gedacht, die Zahl der Fleischgerichte in den Restaurants einzuführen, Eier nur zu den Mittagszeiten zu reichen und den Verbrauch von Milch in Cafés und Restaurants zu unterlagen, um besonders die Milch der werktätigen Bevölkerung restlos zur Verfügung zu stellen. Auch der Verbrauch von Butter zur Zubereitung von Speisen in Restaurants sei heute nicht mehr zu billigen. Weiter erlaube es notwendig, Maßnahmen gegen eine übermäßige Verwendung von Mehl zum Kuchenbacken zu treffen. Schließlich soll auch gegen die Schlemmerlokale und Luxusdielen in kürzester Zeit mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die Gewerkschaften unterbreiteten dem Minister Forderungen, die sich auf die Sicherstellung der Brotversorgung und die Einschränkung der Luxusimporten beziehen.

Aus den Zahlstellen.

Zahlstellenarbeit. Eine wesentliche Aufgabe der Zahlstellenverwaltung ist die Verbreitung des „Steinarbeiter“. Hier liegt noch viel im argen. In früheren Jahren war es verständlich, wenn der Zeitungsempfänger oft wechselte, denn die Zeitungspallete kostete jedesmal Bestellgeld, und wenn die Mitarbeit des Zeitungsempfängers für die Zahlstelle sich durch irgendwelche Vorkommnisse lockerte, dann war das erste die Annahmeverweigerung der Zeitungsendung. Nicht selten haben auch die Frauen der Zeitungsempfänger solange geböhrt, bis die Abbestellung erfolgte. Das soll auch heute noch vorkommen.

Die Zeitungsvorstellung, Druck, Papier und der Versand erfordern große, große Kosten und deshalb haben alle Kollegen von oben bis unten die Pflicht, jede Möglichkeit der Verbilligung und der Vereinfachung in der Zustellung zu berücksichtigen. Eine außerordentliche Verbilligung liegt schon darin, wenn der Zeitungsempfänger der Zahlstelle möglichst derselbe bleibt. Macht sich eine Aenderung durch aus notwendig, dann immer nur am Vierteljahrschluß, wo die Versandadressen dem Postamt neu zu gestellt werden. Jede Zahlstelle muß bestrebt sein, den Wechsel zu vermeiden. In einigen Orten klappt es famos, in anderen niemals. Wir haben sogar Zahlstellen, die innerhalb eines Vierteljahrs dreimal den Zeitungsempfänger wechseln haben, nicht durch Tod oder Ausritt, nein, die früheren Empfänger sind noch dabei. Welche Belastung dieser Wechsel bringt, mag an einem Beispiel gezeigt werden: Eine Zahlstelle bekommt 200 Exemplare, diese kosten an Bestell- und Ueberweisungsgebühren pro Vierteljahr 960 Mk. Jede Ummeldung an andere Empfänger kostet dasselbe, und wenn der dazwischen empfangene Zeitung auch nur einen Monat bekommen hat, zahlt die Post nichts zurück. Ebenso soll möglichst Beschränkung in der Neubestellung während eines Vierteljahres geübt werden, und wenn schließlich am Ort auch mal ein Exemplar fehlt, muß versucht werden, durch Weitergeben des gelesenen Exemplars sich auszu helfen.

Es ist nun angeregt, laut Bekanntmachung in Nr. 2 und 3, die Zeitungen vom Empfänger selbst von dem zuständigen Postamt abzuholen. In vielen Zahlstellen besteht dazu die leichte Möglichkeit, sie muß im Interesse des Gesamtverbandes ausgenutzt werden. Die Abholung kommt jedoch erst vom 1. April an in Frage, denn für das erste Quartal wurde die Ueberweisungsgebühr bereits entrichtet und die einzelnen Orte haben keine Ursache, der Post vorher den Ringelzug abzunehmen.

Nur bei einem Wechsel im Empfänger kann, wenn die Zahlstelle auf dem Wechsel besteht, die Abholung schon jetzt vor sich gehen. Es muß zu diesem Zweck der Versandstelle mitgeteilt werden: 1. Der Wille zum Abholen; 2. die Adresse des Abholers und 3. das Postamt am Ort oder im Stadtbezirk, welches die Aus handlung der Zeitung vollzieht. Findet in der Zahlstelle bis 1. April kein Wechsel im Zeitungsempfänger statt, dann soll, wo die örtliche Möglichkeit besteht, die Abholung der Zeitungen vom 1. April an vor sich gehen. Die Mitteilung darüber vom Ort ist natürlich notwendig.

Noch einige Bemerkungen an die Schriftführerkollegen, mit denen die Redaktion sich vor allen Dingen abtragen möchte. Der Andrang der örtlichen Berichte ist augenblicklich wieder recht stark, soweit sie druckfähig sind, kommen die Berichte der Reihe nach, wie sie einlaufen, zum Abdruck. Bemerkungen über sofortiges Einrücken oder umgekehrt möge der Schriftführer sich sparen. Kürzlich kam sogar ein Bericht, wo die Einsender sich irrtümlicherweise auf den § 11 des Preßgesetzes berufen, in dem Glauben der sofortigen Aufnahme. Die örtlichen Berichte müssen immer nur auf eine Seite beschrieben sein, sie sollen kurz und präzis schildern, was aus der örtlichen Versammlung für die Allgemeinheit von Wichtigkeit ist. Persönliche Bemerkungen des Schriftführers in einem Bericht sind im allgemeinen nicht zulässig. Jedes berufliche Vorkommnis am Ort soll möglichst auch der Redaktion mitgeteilt werden. Wer glaubt, daß im „Steinarbeiter“ dieses oder jenes zu kurz kommt, teile es der Redaktion mit. Anregungen finden immer guten Boden. Vor allen Dingen muß immer wieder darauf verwiesen werden, daß die Zahlstelle ein Exemplar der Zeitung jede Woche zurücklegt, um den Jahresgang am Jahreschluß binden zu lassen. Das ist allein schon notwendig, um die Bekanntmachungen eventuell nachlesen zu können. Auch sonst bietet die Zeitung manches, worüber im späteren Verlauf der Zeit nachgelesen werden möchte (Sozialgesetze, Steuerfragen usw.) Für die Zeitung soll sich jedes Verbandsmitglied emporragen:

Gib, Lezer, nicht so sehr auf alle Fehler acht, Denn niemals ist ein Blatt und der, der es gemacht, Und der, der es gelesen, Von allen Fehlern frei gewesen.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Die Verfehlungen, die von der französischen Regierung in den sogenannten Reparationslieferungen gegen Deutschland festgestellt wurden, nennen auch Pflastersteinlieferungen. Dazu schreibt uns ein Freund:

„Die Absicht der französischen Regierung, auch bezüglich der Pflastersteinlieferungen eine abschließliche Vereinbarung Deutschlands feststellen zu lassen, ist einfach absurd. Absurd deshalb, weil die Franzosen derartige Ansprüche in der Richtung auf Bearbeitung der Pflastersteine stellen, daß es in der Praxis unmöglich ist, solche Pflastersteine herzustellen, wenn die verlangte Menge produziert werden soll. Erst nachdem sie ihre zuerst erhobenen Ansprüche in der Qualität etwas reduziert hatten, konnte an die Produktion herangetreten werden. Aber auch jetzt benötigt der geübte Pflastersteinarbeiter bei gutem Rohmaterial noch die dreifache Zeit gegenüber der Herstellung eines im allgemeinen üblichen Pflastersteins. Sollte der Stein in der geforderten Qualität geliefert werden, so müßte ohne Zweifel die Anfertigung durch den Steinmehnen vorgenommen werden mit Stockhämmern. Die zugelassene Unterwindung von 5 Millimeter ist dem Pflasterer unmöglich, einzubehalten. Bei all dem wirkt es direkt aufreizend, wenn festgestellt ist, daß diese Pflastersteine zum Pflastern der Dorfstraßen verwendet werden. Daß der Franzose im Straßenpflaster früher nicht wählerisch war, davon haben wir uns wohl alle überzeugen können, die in Frankreich waren. Man kann also auch an diesem Beispiel sehen, daß die fadenziehenden Gründe für das Vorgehen der Franzosen und Belgier tatsächlich an den Haaren herbeigezogen sind. Hoffentlich läuft sich dieses Manöver an den wirtschaftlichen Folgen, die es nach sich zieht, tot, bevor durch den beiderseitigen Nationalstimmelfest größtes Unheil angerichtet wird.“

Soweit meine momentanen Informationen reichen, wird zur Zeit mit der deutschen Regierung verhandelt, um die Herstellung der Reparationspflastersteine noch weiterzuführen, also momentan auf Lager zu legen. Gelingt dieses, dann dürfte für unsre Kollegen vieles gewonnen sein.“

Gewerkschaftliches. Gegen die Besetzung des Ruhrgebietes haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund durch nachstehenden Aufruf öffentlich protestiert:

„Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen vor aller Welt schärfsten Protest. Sie erblicken in dieser Maßnahme einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt und den Ausbruch schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik, die von den organisierten deutschen Arbeitnehmern stets bekämpft worden ist, gleichviel von welcher Seite sie geübt wurde.“

Die deutsche Wirtschaft erleidet von diesem Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat und von der in weiterer Folge die Arbeiter der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden.

Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rücksichtslos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben. Alle Angebote der deutschen Gewerkschaften für den Wiederaufbau konnten nicht zur Ausführung gelangen, weil die französische Regierung diese Versuche bisher verhindert hat. Die deutschen Gewerkschaften sind nach wie vor zu einer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entsprechenden Wiedergutmachung bereit. Sie sehen aber in diesem militärischen Gewaltakt die Verhinderung, wenn nicht gar die dauernde Zerschlagung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Pflicht.

Die französisch-belgische Einmarsch-Note verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen. In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalt an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsbehörden aufgestellten Grundzüge widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgewungenen Kampf gegen den unerfälllichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder vorwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenbündnisses nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.“

Soziales. Wie die Gesetze für die Sozialrentner durchgeführt werden, zeigt die „Liegnitzer Volkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 5. Januar an einem Beispiel bei einem Steinarbeiter.

In der Gemeinde Tscharnikau (Kr. Liegnitz) bezieht ein früherer Steinerschläger Invalidenrente. Auf Grund des Gesetzes „Notstandsmaßnahmen für Rentnempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung“ steht dem Betreffenden Zuschußrente zu, die vom Kreisaustrich in Liegnitz auch bewilligt wurde. Dazu hat die Gemeinde 20 Prozent beizutragen. Die Anweisung der Zuschußrente erfolgte am 10. April. Die Gemeinde verweigerte die Zahlung des auf sie entfallenden Betrages und erreichte bei der Regierung, daß sie den Betrag in Sachleistungen (Lebensmittel) decken kann. Vor einigen Tagen erhielt nun der Rentnempfänger für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Oktober 1922 sechs und vierfünftel Pfund Korn. Da 10 Pfund verabfolgt wurden, so bleibt für die spätere Zeit noch dreifünftel Pfund zur Verrechnung.

Hätte die Gemeinde im April die damals fälligen 242 Mk. gezahlt, so konnte sich der arme Mann, welcher noch ein schulpflichtiges Kind hat, bereits einen Zentner Korn kaufen, dann hätte er immer noch für ein halbes Jahr monatlich 40,36 Mk. zu erhalten gehabt.

Wenn man berechnet, daß das Korn zu 80 Prozent ausgemahlen wird, was aber für das Land nicht zutrifft, so entfallen auf den Tag 7 (sieben) Gramm Mehl. Wie sollen nun die Vermittler der Armen leben? Armenunterstützung gibt es nicht, betteln dürfen sie nicht, fehlen sollen sie nicht. Sollen sie nun verhungern oder doch zum Spitzbuben werden?

Da gibt es noch Leute, die behaupten, die Sozialrentner erhalten immer noch etwas, aber den Kleinrentnern geht es noch schlechter.

Wir fragen die Aufsichtsbehörde, wie sie sich zu einer derartigen Ausführung der Reichsgesetze stellt? Die Gemeindeverwaltung Tscharnikau eruchen wir um das Rezept, wie jemand mit einem Jahreseinkommen aus Rente im Betrage von 3600 Mk. leben kann, wenn sechs und vierfünftel Pfund Korn schon auf 485 Mk. gerechnet werden. Da aber das Korn nicht geessen werden kann, muß auch der Mahllohn noch gezahlt werden.

Es geht nichts über die Spitzfindigkeit gewisser Kreise, die dann sogar noch verlangen, daß dem Mann die Rente abgezogen werden soll, weil er bei seinem Sohn in der Kirchenernte die Sackchen verjagt hat. Dazu muß noch bemerkt werden, daß der Mann weit über 60 Jahre alt und die meiste Zeit in der Steinindustrie, darunter auch in der Sandsteinbranche, gearbeitet hat, also einen sehr schädlichen Beruf hatte.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Unterstützungsberechtigt sind nur solche Mitglieder, die neben der Erfüllung aller übrigen Verbandspflichten auch die 14. Beitragsmarke pro Quartal gefehlt haben. Die in der 52., 13., 26. und 39. Woche erwerbslosen Kollegen (Arbeitslose oder Kranke) kleben eine 2. Erwerbslosenmarke.

Bei Anträgen auf außerordentliche Unterstützungen (Notstandsunterstützung usw.) ist stets das Mitgliedsbuch an den Zentralvorstand mit einzuliefern.

Uebertritte können nur nach vorheriger Abmeldung im bisherigen Verbandsbuch erfolgen. In diesem Falle ist neben dem bisherigen Verbandsbuch das neue unseres Verbandes aus dem Zahlstellenbestand an den Zentralvorstand einzuliefern.

Als erloschene Mitgliedsbuchnummern sind nur solche zu melden, deren Inhaber aus dem Verband ausgeschieden sind. Abgereichte Kollegen gehören natürlich nicht dazu. Sie dürfen nicht als erloschen gemeldet werden.

Die statistischen Fragebogen, die am 20. Januar fällig sind, gehen recht mangelhaft ein. Es sei nochmals daran erinnert.

Auf Antrag der Zahlstelle Sangerhausen wurden die Mitglieder Diekmann, Selle und Wille wegen Streikbruchs aus dem Verbandsbuch ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Heppenheim. Die Bureaufunden des Kassierers Fr. Moosmüller sind jeden Sonnabendabend von 6 bis 9 Uhr, und Sonntagmorgen von 9 bis 12 Uhr.

Nordhausen. Hier am Ort ist eine Firma, die sich Durkhaus nennt an die Zahlung des tariflichen Lohns gewöhnen kann. Leider wird die Firma gehalten und gestützt von zureisenden Kollegen aus ländlichen Orten. Die Zahlstelle Sangerhausen ersucht dringend jeden Zureisenden, sich vorher beim Vorsitzenden Wilh. Boog in Sangerhausen, Riefstetter Straße 8, II, zu erkundigen.

Adressenänderungen.

- 1. Gau.
Kosfeld. Vorl.: Friz Hartig, Kafernenstraße 82.
Barchim. Vorl.: H. Reinecke, Hafenstraße 2.
Feldberg. Vorl.: Dörnbrack, Strehliker Straße
- 2. Gau.
Greiffenberg (Schle.). Vorl.: Bernhard Thomas, Wiesa Nr. 63.
- 3. Gau.
Grimma. Kass.: Max Emrich, Burgberg Nr. 2.
- 4. Gau.
Wellerode. Kass.: Karl Eberwein I.
- 5. Gau.
Raumünzach. Vorl.: Christoph Tröger.
- 6. Gau.
Tittling. Kass.: Max Meier in Rottau.
Büchberg. Vorl.: Franz Weis. Kass.: Joseph Probst in Preßreuth, Post Büchberg.
Eigelsberg. Kass.: Joh. Riesl, Dedisbach, Post Oberwieschlag (Oberpfalz).
- 7. Gau.
Windisch-Eschenbach. Vorl.: Ludwig Zimmer, Haus-Nr. 134.
Röhrenbach. Vorl. und Kass.: Michael Seidl, Appmannsberg, Post Waldkirchen.
Sparnac. Kass.: Heint. Raithef.
Großlattengrün, Oberpf. Kass.: Hans Bader.
Blauberg. Vorl.: Alois Schmidt, im Garten, Post Kundling (Oberpfalz).
- 8. Gau.
Oberdachstetten. Vorl.: G. M. Wagner.
Möhren (Schwaben). Vorl.: Karl Gollwitzer. Kass.: Karl Gogel.
- 9. Gau.
Sangerndorfbach (Westerwald). Vorl.: Alfons Eisel. Kass.: Joh. Katowitsch.
Allendorf. Vorl.: Heint. Daubach.
- 10. Gau.
Flechtingen. Vorl.: Otto Eilert. Kass.: Otto Delze.
Chringendorf. Kass.: Karl Stang, Nr. 80.
Mvensleben. Kass.: Willi Baum.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Die Neue Zeit.“ Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Verlag J. H. Diez, Stuttgart, Furtbachstraße 12. Die bekannte Zeitschrift erscheint im 41. Jahrgang und wird von allen gern gelesen, die Wert legen auf theoretische Fortbildung in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.

„Der Wahre Jacob.“ Verlag von J. H. Diez, Stuttgart, Furtbachstraße 12. Fast jeder ältere Arbeiter kennt das sozialistische, alle zwei Wochen erscheinende humoristisch-satirische Blatt. Zu beziehen durch die Post, Buchhandlungen und Kolporteurs. Der Wahre Jacob erscheint im 40. Jahrgang.

Briefkasten.

Berichtigung. In dem Artikel „Achtstundentag usw.“ in Nr. 3 hat sich auf Seite 2 in der Mittelspalte, 8. Zeile, ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Statt „Probe“ muß es **Perle** heißen. Auch in dem Gedicht „Die Nacht am Rhein“ in derselben Nummer lies im zweiten Vers, 1. Zeile, statt: „schlag ist ei“, **schla f i s c h e i**.

Friedenfeld, Tr. Rein, es gelten bestimmte Sätze. Zur Zeit für Arbeitsverdienstverlust bis 130 Mk. pro Stunde; für Aufwand nach einem andern Ort 360 Mk. pro Tag. Für Uebernachtung der nachweislich ausgegebene Betrag.

Hornberg. Das ist kein Sperrgrund. Die Entlassungsrederei von dem Unternehmer lag doch auf alle Fälle in dem Mangel an Arbeitsaufträgen, sonst wäre es doch geschäftlicher Selbstmord.

3. weibl. Mitglieder. Das bedeutet **Nachtarbeit** der Frauen in den betreffenden Betrieben, die am Schluß der Notiz genannt sind.

Kaufbeuren, V. Wende Dich an Johann Kraus, Nürnberg, Poppentauer Straße 6. Karte kostete 20 Mk. Straßporto.

Anzeigen

Berlin
Sonntag, 28. Januar, vorm. 9^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus
Berammlung aller Gruppen
Tagesordnung:
1. Die letzten Bodenbewegungen und welche Lehren sie uns lehren? — Punkt 2 der Tagesordnung wird erst in der Berammlung bekannt gegeben. — 3. Berichtigungen.
Da auf Antrag einzelner Kollegen in der Tagesordnung berichtigungen sehr wichtige Fragen behandelt werden sollen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Grabmal- u. Kriegerschriften
gezeichnet Franz Slegler, Bildhauer, Glessen, Bessen, Ueber Straße 87. Moderne Schriftmuster stets vorräthig. Eigene Lebrmethode.

Lüchtiger Steinmeh
auf Sandsteinarbeiten verlangt
Adolf Vos, Bildhauer-Meister
Gubon N.-L.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntniss eingeleitet wurden.

In **Fehl-Rixhausen** am 26. Dezember der Pflastersteinmacher **Walter Dopprich**, 27 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Berlin** am 29. Dezember der Hilfsarbeiter **Ernst Schmidt**, 53 Jahre alt, Unglücksfall.

In **Solnhofen** am 29. Dezember der Wagenführer **Adam Lamprecht**, 30 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Friedenfelds** am 2. Januar der Granitischleifer **Wenzel Eisner**, 32 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Randersacker** am 3. Januar der Brecher **Nikol. Wegmann**, 40 Jahre alt, Kriegsverletzung.

In **Königs-Lutter** am 4. Januar der Hilfsarbeiter **Karl Brecht**, 60 Jahre alt, Halsleiden; am 8. Januar der Hilfsarbeiter **August Wendt**, 80 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Kirchenlamitz** am 6. Januar der Granitischleifer **Fritz Kiehl**, 26 Jahre alt, Wasserleucht.

In **Lauterode** am 9. Januar der Sandsteinmeh **Ludwig May**, 43 Jahre alt, Gehirnhautentzündung.

In **Wünthelburg** am 10. Januar der Sandsteinmeh **Franz Peterka**, 35 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Windisch-Eschenbach**, am 11. Januar der Pflastersteinmacher **Joseph Heimerl**, 27 Jahre alt, Halsgeschwür.

In **Sokkenau** am 12. Januar der Brecher **August Schumann**, 52 Jahre alt, Herzschwäche.

In **Mauer** am 12. Januar der Hilfsarbeiter **Joseph Kirchner**, 52 Jahre alt, Grippe.

In **Weilheim** am 13. Januar der Hilfsarbeiter **Wilhelm Weber**, 52 Jahre alt, tödlich verunglückt als Fuhrmann.

Chreihremken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.